

**Fraktion DIE LINKE**  
**im Landkreis Darmstadt-Dieburg**  
Walter Busch- Hübenbecker  
Mühlstr.11 64319 Pfungstadt  
Tel. 06157-86583  
Handy: 0175-2497161  
E-Mail: walter.huebenbecker@t-online.de

**DIE LINKE.**

**Kreistagsfraktion**  
**Landkreis Darmstadt- Dieburg**

**Antrag**

Pfungstadt, den 23.01.2014

**Steuergerechtigkeit, Kommunen stärken.**

Beschlussvorschlag:

Unsere Haushaltslage im Landkreis ist weder durch eigene Anstrengungen noch durch ein Haushaltssicherungskonzept, das in Anlehnung der Schutzschirmkriterien verfasst wurde auszugleichen.

So steigt der Verschuldungsgrad des Landkreises von 78,1% auf 357,6 %. Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen und Kassenkredite betragen bis zum Jahr 2012, 235,4 Mill. Euro. Die Eigenkapitalquote sank in demselben Zeitraum von 44,6% auf 13,03%. Über 36 Mill. Euro Defizit in 2014 stellt den Landkreis vor eine nicht zu bewältigende Aufgabe. Aus den genannten Zahlen ist erkennbar:

Wir brauchen eine Änderung der Steuergesetzgebung zugunsten unserer Kommunen.

Der Kreistag fordert die Bundesregierung und hessische Landesregierung sowie die im Bundestag als auch im hessischen Landtag vertretenen Parteien auf, durch Gesetze dafür Sorge zu tragen, dass übergroßer Reichtum und Finanzspekulation endlich besteuert werden und den Kommunen und Landkreisen die notwendige Finanzausstattung gemäß unserer Verfassung gewährt wird.

„Es gibt einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise:  
Umverteilung!

Der Kreistag im Landkreis Darmstadt Dieburg fordert von der Bundesregierung

- die Einführung einer Vermögensteuer und eine einmalige Vermögensabgabe, um die notwendigen öffentlichen und sozialen Ausgaben gerecht zu finanzieren und die Verschuldung abzubauen;

- einen konsequenten Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen und für eine weltweite Steuer auf Finanzmarktgeschäfte, gegen die Spekulation und gegen die Armut,
- die Finanzbeziehungen zwischen den Kommunen und dem Bund und den Ländern müssen neu geordnet werden. Den Kommunen dürfen nicht dauernd neue Aufgaben übertragen werden ohne dass für eine angemessene finanzielle Ausstattung gesorgt wird.
- die Gewerbesteuer muss weniger konjunkturanfällig ausgestaltet werden. In Zukunft sind alle unternehmerischen Tätigkeiten einzubeziehen und die Berechnungsgrundlage zu verbreitern. Zudem müssen Gemeinden voll über ihre Einnahmen aus der Gewerbesteuer verfügen können.
- eine Schuldenbremse, wie sie unter CDU/SPD Regierung beschlossen oder in unserem Land Hessen durch eine CDU-FDP-SPD- und Grünen-Allianz eingeführt wurde, muss rückgängig gemacht werden. Denn diese schränkt die Handlungs- und Gestaltungsspielräume unserer Kommunen massiv ein. Der damit verordnete Sparzwang geht auch zu Lasten der kommunalen Zukunftsfähigkeit und somit der Generationengerechtigkeit. Es ist ein Unding, dass die Zeche für die Finanzkrise und die bisherigen Staatsschulden hauptsächlich von sozial Schwächeren und den abhängig Beschäftigten gezahlt wird.
- der Bund muss sich an der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben beteiligen. Die Kosten der Unterkunft für Bezieherinnen und Bezieher von SGB II, für den Ausbau des Angebotes zur Kinderbetreuung sowie Eingliederungshilfe und der Grundsicherung im Alter sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Daher muss der Bund seinen Anteil an diesen Kosten deutlich erhöhen.
- Wir brauchen ein verbindliches und einklagbares Mitwirkungsrecht der Kommunen im Gesetzgebungsverfahren, das sicherstellt, dass der Bund in Zukunft nicht mehr ohne weiteres gesetzgeberische Maßnahmen beschließen kann, die die Kommunen einseitig belasten. Nur so kann auf Dauer sichergestellt werden, dass die Kommunen auch schon zu Beginn des Prozesses der Gesetzgebung in die maßgeblichen Entscheidungen einbezogen werden.

Wir fordern den Landtag in Hessen, Bundestag und Parteien auf, sich diesen Forderungen anzuschließen und sie in die Tat umzusetzen!“

Begründung:

Es reicht nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE nicht aus, dass der Kreistag in seiner Verantwortung für den Haushalt des Landkreises fordert, dass der Hessische Landtag als auch der Bundestag sowie der Bundesrat aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, dass die

Kommunen und die Landkreise ihren Aufträgen gemäß finanziell ausgestattet werden. Was wir brauchen ist konkretes Handeln, wie die Antwortschreiben aus Bundesrat als auch Bundestag zeigen.

Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition, aber auch der Koalitionsvertrag der zukünftigen Schwarz/Grünen Landesregierung in Hessen ist nicht geeignet, den Forderungen nach mehr Steuergerechtigkeit und der Stärkung der kommunaler Haushalte zu entsprechen.

Die Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrisen der letzten Jahre haben die Schuldenberge der öffentlichen Hand weiter in die Höhe schnellen lassen. Dies untergräbt den politischen Gestaltungsspielraum unserer Demokratie und unseres Sozialstaates! Bund, Ländern und Kommunen fehlt das Geld, notwendige öffentliche und soziale Leistungen zu erbringen, ausreichend in Infrastruktur, Bildung und ökologischen Umbau zu investieren und mehr Mittel für den internationalen Ausgleich zwischen Arm und Reich bereit zu stellen.

Den Schulden der öffentlichen Hand stehen gigantische private Vermögen gegenüber. Alleine die privaten Vermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung sind höher als alle öffentlichen Schulden in Deutschland zusammen. Auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagemöglichkeiten heizen sie die Spekulation an den Finanzmärkten an – und verschärfen damit die Krise.

In den letzten 20 Jahren ist die Ungleichheit zwischen Arm und Reich enorm gestiegen. Das wohlhabendste Zehntel der Gesellschaft verfügt mittlerweile über mehr als zwei Drittel des Gesamtvermögens, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen nur ein Prozent des Vermögens besitzt. Zu große Ungleichheit schadet allen und untergräbt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft!

Die gigantischen Vermögen, die selbst in Krisenzeiten weiter wachsen, werden kaum oder gar nicht besteuert. Jetzt müssen endlich auch die großen Vermögen an den Kosten der Krise beteiligt werden, am besten europaweit: Mit einer einmaligen Vermögensabgabe, die einen substanziellen Teil der großen Vermögen zugunsten des Gemeinwesens umverteilt. Um dauerhaft bedeutende Finanzmittel für die öffentlichen Aufgaben aufzubringen und der sozialen Ungleichheit unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, muss wieder eine Vermögenssteuer erhoben werden. Steuerflucht muss konsequent bekämpft werden, Steueroasen müssen ausgetrocknet werden.

Die Politik in Deutschland muss endlich handeln!  
Walter Busch-Hübenbecker  
Fraktionsvorsitzender  
Die Linke  
Im Kreistag Darmstadt- Dieburg